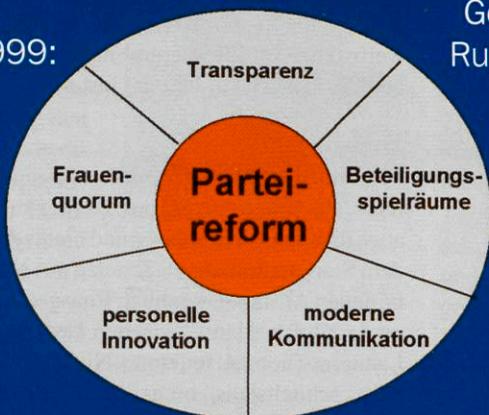


F a k t e n u n d A r g u m e n t e

Erfurter
Leitsätze 1999:
„Wir wollen
gemeinsam
die
modernste
Partei
Europas
werden.“



Generalsekretär
Ruprecht Polenz:
„Wir wollen
die Partei
durch mehr
Beteiligung
erneuern.“
Seite 7



Die besseren Argumente werden **überzeugen**

Generalsekretär Ruprecht Polenz hat auf einer Pressekonferenz am 14. August in Berlin die politische Planung der CDU für den Herbst vorgestellt.

Der Bundesregierung dürfe „keine Halbzeitpause gegönnt“ werden. Denn „zuviel ist liegen geblieben,

und zuviel muss nachgebessert werden“.

Ruprecht Polenz: „Wir werden die Regierung immer wieder unter den Druck der besseren Argumente setzen und mit überzeugenden Alternativen konfrontieren.“

Fortsetzung Seite 4

INHALT

ANGELA MERKEL:
Mit Recht gegen Rechts.
13 Forderungen zur
Bekämpfung von
Rechtsextremismus und
Gewalt
SEITE 8-10

ANNETTE SCHAVAN:
Kinder und Jugendliche
dürfen nicht zu
Modernisierungsverlierern
werden
SEITE 16/17

**DIETRICH AUSTERMANN
UND RUPRECHT POLENZ:
ZWISCHEN ANSPRUCH
UND WIRKLICHKEIT LIEGEN
WELTEN**

Seite 14/15

Die ganze Misere rot-grüner Politik kommt in der stiefmütterlichen Behandlung des Mittelstands zum Ausdruck. Generalsekretär Ruprecht Polenz und der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, sehen in dem „Aktionsprogramm Mittelstand“ von Bundeswirtschaftsminister Müller vor allem deshalb ein ökonomisch falsches Signal, weil im Jahr 2004 nur noch 10,3 Prozent aller Bundesausgaben arbeitsplatzschaffende Investitionen sein werden. Ein trauriger Negativrekord! Die Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen wird bereits im nächsten Jahr um fast zwei Drittel gekürzt.

**THOMAS HEILMANN:
WIR BRAUCHEN
SCHNELLSTENS EINE
SCHLÜSSIGE
INTERNETSTRATEGIE**

Seiten 18

16te Ankündigung der Bundesregierung, den Bildungsbe-
reich auf das Informationszeitalter einzustellen. Leider
auch diesmal: nichts Neues und nichts Abgestimmtes. Seit
dem Start der Initiative „Schulen ans Netz“ 1996 sind kei-
ne neuen Ansätze erkennbar. Eine gefährliche und tiefe di-
gitale Kluft verläuft zwischen Deutschland und anderen
Ländern. Thomas Heilmann: Nicht erst im Jahre 2006, son-
dern „schnellstens“ brauchen wir die angekündigte Aus-
stattung aller Schüler mit einem Laptop und den Sprung zu
einer schlüssigen Internetstrategie.

**SCHRÖDER-REGIERUNG
STELLT NEUE LÄNDER
AUF'S ABSTELLGLEIS.
AUFBAU OST – ERGEBNISSE
EINER CHEFSACHE**

Dokumentation

Von dieser Bundesregierung sind bisher noch keine posi-
tiven Impulse für einen kraftvollen Aufbau Ost ausgegan-
gen. Diese enttäuschende Bilanz haben auf einer gemein-
samen Pressekonferenz am 18. August in Berlin General-
sekretär Ruprecht Polenz und der stellvertretende Vorsit-
zende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Nooke,
gezogen. Das Schlimme an dieser Bilanz: die Menschen
im Osten tauchen auf Schröders Rechnung nicht auf.

IMPRESSUM



*UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutsch-
lands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofer Str. 8,
10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH,
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel.
(02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jähr-
lich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.*

Angela Merkel: Die CDU feiert ihre Wiedervereinigung vor zehn Jahren

Bundesvorstand und Präsidium haben auf ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien den gemeinsamen Vorschlag der Parteivorsitzenden Angela Merkel und des Bundeskanzlers a.D. Helmut Kohl bestätigt, am Sonntag, den 1. Oktober, den 10. Jahrestag des Vereinigungsparteitags der CDU in Hamburg feierlich zu begehen.

Redner auf dieser Veranstaltung werden Angela Merkel und Helmut Kohl sein.

Versuche insbesondere der SPD, aber auch der Grünen, die Leistungen der CDU bei der Wiedervereinigung Deutschlands klein zu reden, vertragen sich nicht – wie die Parteivorsitzende auf einer Pressekonferenz am 21. August erklärte – mit der Würde des 3. Oktobers. Sie kommen ohnehin bei niemandem gut an und sollen wohl auch nur der Regierung Schröder helfen, vom Ausbleiben ihrer Erfolge beim Aufbau Ost abzulenken.

Angela Merkel: Präsidium und Bundesvorstand haben sich mit ihrer Zustim-



Angela Merkel: Ein in sich schlüssiges Konzept

mung zu der Feier am 1. Oktober auf ein in sich schlüssiges Konzept geeinigt, in das sich auch die anderen Veranstaltungen um den 3. Oktober nahtlos einfügen:

■ **das 5. Berliner Gespräch** am 31. August in der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit

Schröder, das Antworten auf die Frage suchen wird, ob wir es „zehn Jahre später“ mit einem Deutschland zu tun haben, „wie wir es uns wünschen“;

■ **die Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung** am 27./28. September im Tränenpalast am Reichstagsufer in Berlin, auf der am 1. Tag Helmut Kohl zum Thema „Deutschlands Einheit und Europas Einigung“, Angela Merkel über „Deutschlands Zukunft in Europa“ sprechen werden, und am 2. Tag Friedrich Merz „Die deutsche Einheit als Auftrag für die europäische Einigung“ erklären wird;

■ **der Staatsakt am 3. Oktober** in Dresden, zu der



Wolfgang Schäuble, Thomas Brussig, Freya Klier und Professor Richard

Bundesratspräsident Kurt Biedenkopf und Bundespräsident Johannes Rau eingeladen haben. **UD**

Fortsetzung von Seite 1

BEISPIEL SCHULE.

Wer jetzt eingeschult wird und in die erste Klasse geht, der kann die Zukunft nur dann meistern, „wenn die Bildungspolitik erstklassig ist“. Die Bundesregierung hat die Bildungsreform aber zum „Bummelzug“ gemacht.

Ruprecht Polenz: „Wir brauchen Bildungspolitik als ICE und setzen deshalb das Thema Bildung als Schwerpunktthema auf die Tagesordnung der nächsten Wochen und Monate.“

Nachdrücklich setzte sich der Generalsekretär für die CDU-Initiative „Stiftung Bildungstest“ ein: Bildung braucht Qualität, und die Sicherung von Qualität kann am besten eine Stiftung leisten, wie sie die stellvertretende Parteivorsitzende An-



Ruprecht Polenz: Wir brauchen eine Alterssicherung, auf die sich die heute 20- bis 40-Jährigen verlassen können.

nette Schavan zusammen mit dem Bildungsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Hauser, Ende Juli vorgeschlagen hat.

Ab September führt die CDU 24 Konferenzen zum Thema „Erziehung und Werte“ durch und danach einen Wissenschaftsgipfel, auf dem mit Spitzenvertre-

tern von Lehre und Forschung innovative Konzepte diskutiert werden sollen.

Ruprecht Polenz: „Diese Projekte finden im Vorfeld des „Kleinen Parteitags“ am 20. November in Stuttgart statt, auf dem wir unser neues Bildungsprogramm verabschieden wollen.“

BEISPIEL RENTE.

Die CDU wird auch weiter ihren konstruktiven Beitrag leisten, um die Rentenreform zum Erfolg zu führen.

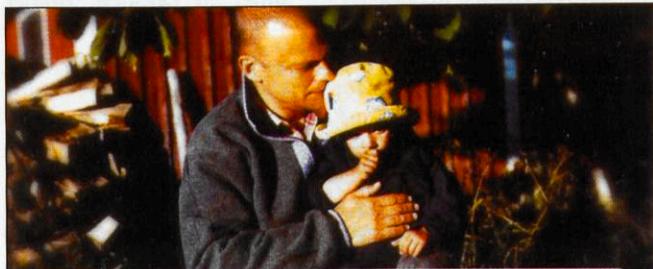
Dank ihres klaren Konzepts hat die CDU wichtige Punkte durchsetzen können, zum Beispiel,

- dass der Planungszeitraum, den die Bundesregierung ursprünglich nur bis zum Jahr 2015 vorsah, jetzt bis mindestens 2030 ausgedehnt worden ist.

- Ebenso hat sich die Regierung Schröder inzwischen der Forderung der Union gebeugt, die kapitalgedeckten Elemente der Alterssicherung zu stärken.

- Auch bei der nachgelagerten Besteuerung ist Rot-Grün dabei, sich der Position der CDU anzunähern.

Vom Grundsatz einer angemessenen Rente im Alter ist die Bundesregierung allerdings inzwischen wieder ab-



**die NEUE RENTE: ES GEHT
UM KINDER UND FAMILIE.**



CDU
mitten im Leben.

PRESSEKONFERENZ

Argumente unmittelbar
anschaulich gemacht

Zur Unterstützung der Überzeugungskraft unserer Argumente hat Generalsekretär Ruprecht Polenz auf seiner Pressekonferenz die Journalisten mit etwas überrascht, was ihm schon seit langem am Herzen liegt:

Gleichzeitig mit dem, was er vom Rednerpult vortrug, hat er passende Bilder,

Grafiken und Kernsätze auf eine Leinwand projizieren lassen und auf diese Weise zu den Vorstellungen, die Worte in den Köpfen der Hörer wachrufen, unmittelbare Anschaulichkeit mitgeliefert.

Beispiele für diese Art von „Untermalung“ haben wir nebenstehend und auf Seite 6 abgebildet.

tragssätze zugemutet werden, als die ältere Generation zu tragen bereit ist.

■ Riester muss unverzüglich zur nettolohnbezogenen Rente zurückkehren. Das heißt: klare Absage an eine bedarfsorientierte Grundsi-

cherung. Ein Arbeitnehmer mit geringen Solidarbeiträgen kann im Alter nicht eine Absicherung in derselben Höhe erwarten, wie sie einem langjährig Versicherten zukommt.

Der Generalsekretär fasst zusammen: „Wir brauchen eine dauerhafte, stabile und nachhaltige Alterssicherung, auf die sich die heute 20- bis 40-Jährigen verlassen können.“

Auf Generationenkonferenzen werden Senioren-Union und Junge Union mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft der Altersversorgung diskutiert.

UD

gerückt, so dass hier weiterhin Gesprächsbedarf besteht.

Vor allem aber: Im Regierungskonzept fehlt nach wie vor eine ausreichende Familienförderung. So würde ein Familienvater mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von 36.000 Mark nach Riesters Modell eine Förderung in Höhe von sage und schreibe 1,67 Mark monatlich erhalten.

Ruprecht Polenz: „Wir fordern stattdessen einen direkten Zuschuss von 30 Mark pro Kind und Monat, so dass der Familienvater mit 60 Mark beim Aufbau einer angemessenen zusätzlichen Altersvorsorge unterstützt würde.“

Zwei weitere Forderungen der CDU zur Rentenreform:

■ Der jüngeren Generation dürfen keine höheren Bei-

**1,67 DM/MONAT: WAS
MAN SICH DA TÄGLICH
ALLES LEISTEN KANN!**



Unsere
Familienförderung
bei der Rente.

SPD

Großer Gewinn an Engagement und Bereitschaft zur Mitarbeit

Wie aus einer telefonischen Umfrage hervorgeht, hat insbesondere der Landesverband Nordrhein-Westfalen bisher gute Erfahrungen mit der verstärkten Einbeziehung der Mitglieder in die politische Arbeit gemacht.

Bereits 1994 ist der Spitzenkandidat für die damalige Landtagwahl durch eine Mitgliederbefragung

vorbekannt und durch Parteitage delegierte bestätigt worden.

1997 wurden erstmals die Mitglieder im Kreis Warendorf zur Kandidatenaufstellung eines hauptamtlichen Landrats befragt.

Ob im Rhein-Sieg-Kreis oder in der Bonner CDU: die Mitgliederversammlung hat die Delegiertenversammlung abgelöst - auch dann,

wenn es auf Kreisparteitage nicht um Kandidaten, sondern um politische Beschlüsse geht.

Die Bonner CDU hat ihre Satzung sogar schon vor vielen Jahren entsprechend geändert und bestätigt heute jedem, der danach fragt: Die Partei hat dabei enorm gewonnen - an Engagement und Bereitschaft zur Mitarbeit.

Das hat die CDU schon durchgesetzt:

Nachhaltigkeit der Rentenreform

Auf Drängen der Union wurde der von der Regierung vorgesehene Planungszeitraum bis 2015 auf einen Zeithorizont bis mindestens 2030 ausgedehnt.

Ausbau der privaten Vorsorge

Von Beginn an hat die Union die Notwendigkeit einer Stärkung der kapitalgedeckten Elemente der Alterssicherung („2. Säule“) betont. Das hat inzwischen auch die Schröder-Regierung anerkannt.

Nachgelagerte Besteuerung bei der 2. Säule

Rot-Grün nähert sich der CDU-Forderung an!

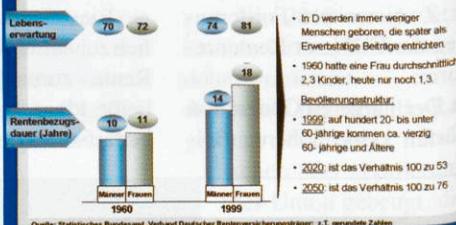
Angemessene Rente im Alter

Die Regierung hat sich von einem Rentenniveau von 54 Prozent^{*)} verabschiedet. Der neue „Ausgleichsfaktor“ soll zumindest ein Niveau von 64 Prozent^{**)} sichern. Aber: Die Regierung rechnet die Sparbeiträge für die private Vorsorge mit ein. Ohne diese Addition erreicht sie nur ein Niveau von 61 Prozent.

* durch Rücknahme des Ausgleichsfaktors; **) Rentenniveau mit demographischen Faktor im Jahr 2030



Eine Reform der Alterssicherung ist dringend notwendig!



- In D werden immer weniger Menschen geboren, die später als Erwerbstätige Beiträge entrichten.
- 1960 hatte eine Frau durchschnittlich 2,3 Kinder, heute nur noch 1,3.
- **Bevölkerungsstruktur**
- 1999: auf hundert 20- bis unter 60-jährige kommen ca. vierzig 60- jährige und Ältere
- 2020: ist das Verhältnis 100 zu 53
- 2050: ist das Verhältnis 100 zu 76

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verband Deutscher Rentnerinnen- und Rentnerverbände, v.T. umgestellt. Zahlen



Riesters Rentenrutsche:

Lüge I:
Im Wahlkampf hieß es noch, wir brauchen keine Rentenreform.

Lüge II:
Die Renten würden auch in Zukunft wie die Nettolöhne steigen (drei Monate später war das Versprechen vergessen).



Lüge III:
Kurz darauf hieß es, es gäbe zwei Jahre lang eine Anpassung um die Inflationsrate (die Inflationsrate stieg um 1,8% die Renten um 0,8%).

Lüge IV:
Vor der Rückkehr zur Nettolohnformel wird an dem Nettoeinkommensbegriff herumgedoktort.



Uns ist besonders wichtig:

Familienförderung

Im Regierungskonzept fehlt nach wie vor eine ausreichende Familienförderung. Beispiel: Ein Familienvater mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von 36.000 DM würde nach einer Riesters Modell eine Forderung von 1,67 DM monatlich erhalten!

Die Union fordert einen direkten Zuschuss von 30 DM pro Kind und Monat -> Der Familienvater erhält 60 DM, um ihn beim Aufbau einer angemessenen zusätzlichen Altersvorsorge zu unterstützen.

Sicherung der Generationengerechtigkeit

Der jüngeren Generation dürfen keine höheren Beitragsätze zugemutet werden, als die ältere Generation selbst zu tragen bereit ist.

Rückkehr zur nettohlorentorientierten Rente

Riesters Willkürgefälle in die Rente müssen schon 2001 auhören!

Keine bedarfsorientierte Grundsicherung

Ein Arbeitnehmer mit geringen Solidarbeträgen könnte eine vergleichbare Absicherung im Alter erhalten wie ein langjährig Versicherter. Das ist ungerecht!



GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

Wir wollen die Partei durch mehr **Beteiligung** erneuern

Volkspartei der Mitte – das ist auch in Zukunft die Formel des Erfolgsrezepts der CDU, wenn allerdings eine wichtige Bedingung erfüllt ist: die Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Generalsekretär Ruprecht Polenz hat auf seiner Pressekonferenz am 14. August auch das Thema Parteireform (Abb. auf Seite 1) auf die Tagesordnung gesetzt und zum Ziel der Erneuerung gemacht:

- „die CDU zu einer offenen, diskussionsfreudigen und vor allem auch lernenden Partei auszubauen“,
- zu einer Partei, die auch Außenstehende zum Mitmachen einlädt und zum gesellschaftlichen Engagement ermutigt.

Die Menschen müssen – so der Generalsekretär – wieder das Gefühl haben, dass sie Politik aktiv mitgestalten können. Wenn sie dagegen durch Teilnahmslosigkeit den Eindruck vermitteln, dass sie nicht daran glauben, irgend etwas verändern zu können, dann ist

das genau so ein ernst zu nehmendes Alarmsignal wie sinkende Wahlbeteiligung.

Im Gegensatz zu Schröder, dem er vorwirft, der „Initiator einer – allerdings medienwirksamen – Berieselungs-

Am 17. August hat sich die Kommission Parteireform konstituiert.

Demokratie“ zu sein, setzt der Generalsekretär der CDU auf das Konzept der „Beteiligung-Demokratie“.

21 Besuche vor Ort

Konkret schlägt Ruprecht Polenz vor, durch Umbau der Parteistrukturen mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu erreichen.

In den kommenden Monaten wird der Generalsekretär

- insgesamt 21 Kreisverbände besuchen und
- Erneuerungs-Foren anregen, auf denen die Möglichkeiten verstärkter Mitglieder-Beteiligung ausgelotet werden sollen.

Am 13. September, dem Tag, an dem die neue Bundesgeschäftsstelle der CDU offiziell eingeweiht wird, findet in der Berliner Parteizentrale auch eine Kreisgeschäftsführerkonferenz

statt. Bei der Gelegenheit wird unter dem Motto „Einschalten statt Raushalten“ die bundesweite Beteiligungsoffensive 21

gestartet und den Bürgerinnen und Bürgern ein inhaltliches Angebot zur Beteiligung an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes gemacht.

Beteiligungsoffensive 21 – damit will die CDU mit einem neuen Politikstil überzeugen, der, wie der Generalsekretär erklärte, „Politik substantiell, aber nicht kommerziell erneuern“ soll.

Die Wählerinnen und Wähler werden dann im Jahr 2002 vor der Entscheidung zwischen einer kommerziell promoteten SPD und einer CDU-Politik stehen, die in Diskussionen mit der Bevölkerung überall in unserem Land entwickelt worden ist. **UD**

ANGELA MERKEL:

Mit **Recht** gegen Rechts

Ahnden statt mahnen. Recht und Gesetz konsequent anwenden

Alle Demokraten in Deutschland sind sich in dem Ziel einig, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserem Land nicht geduldet werden können. Die übergroße Mehrheit der Deutschen lehnt jede Form von politischem Extremismus und Gewalt entschieden ab.

Dieser breite Konsens sollte jetzt nicht durch einen Wettlauf immer neuer Vorschläge zur Änderung von Gesetzen verdeckt oder gar beschädigt werden. Das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung bieten eine Fülle von Möglichkeiten, auf extremistische Gewalttaten hart und schnell zu reagieren. Entscheidend ist, dass die Gerichte das mögliche Strafmaß so ausschöpfen, dass die abschreckende Wirkung des Strafrechtes sich auch tatsächlich entfalten kann. Derartige Delikte können nicht durch Toleranz oder sozialpädagogische Sondermaßnahmen angemessen geahndet werden.

Und ebenso entscheidend ist, dass – gerade bei jungen Gewalttätern – Urteile schnellstmöglich umgesetzt werden.

Strategie statt Aktionismus. Gegen rot-grüne Apellpolitik

Derzeit fehlt eine bundesweit abgestimmte und nachhaltig unterstützte Strategie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Hierfür ist in erster Linie die rot-grüne Bundesregierung verantwortlich, die über vollmundige Ankündigungen bisher nicht hinausgekommen ist:

■ Rot-Grün hat im Regierungsprogramm versprochen, die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung zu machen. Bis heute ist nicht einmal ein Konzept für diesen Arbeitsschwerpunkt erkennbar.

■ Rot-Grün hat vor zwei Jahren ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ angekündigt. Die Bundesregierung hat bis

heute zu diesem Projekt noch keinen überzeugenden Erfolgsnachweis vorlegen können.

■ Rot-Grün hat zugesagt, die Bundesregierung werde „Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“ unterstützen. Diese Zusage ist über den Status eines Modellvorhabens bis heute nicht hinausgekommen.

■ Rot-Grün hat in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, ein „Deutsches Forum für Kriminalprävention“ zu gründen. Dieses Forum teilt im Internet mit, man befinde sich noch im Diskussionsprozess.

Ich fordere Bundeskanzler Schröder auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesregierung ihrer Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus auch tatsächlich nachkommt und es nicht bei folgenlosen Ankündigungen bleibt. Wir wären in der Sache schon einen erheblichen Schritt weiter, wenn die Bundesregierung nicht wertvolle Zeit tatenlos hätte verstreichen lassen. Das Bundesland Bayern hat vorbild-

haft gezeigt, wie man erfolgreich gegen Extremismus und Gewalt vorgehen kann.

Insgesamt zeigt sich jetzt, welche wichtige und unverzichtbare Rolle das Bundesamt für Verfassungsschutz und die entsprechenden Einrichtungen der Länder bei der Extremismusbekämpfung haben. Umso unverständlicher ist, dass ein Ministerpräsident Gerhard Schröder den Stellenplan des Verfassungsschutzes in Niedersachsen von 410 auf rd. 200 Mitarbeiter glatt halbiert hat.

Es ist begrüßenswert, dass die Initiative der CSU für ein NPD-Verbot nun auch endlich den Kanzler in Bewegung versetzt. Hier zeigt sich, dass Schröder – wie schon bei den Themen Rente und Zuwanderung – zum Ja-gen getragen werden muss.

Vorbauen statt zuschauen. Präventiv gegen rechte Gewalt

Zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt brauchen wir vorrangig ein Konzept der milieubezogenen Prävention, die sehr gezielt an den örtlichen Gegebenheiten ansetzt und zum Ziel hat, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bereits im Ansatz zu bekämpfen. Es ist wichtig und richtig, rechtsex-

tremistische Gewalttäter – und hier insbesondere die Rädelsführer – mit der vollen Härte des Gesetzes zu bestrafen. Aber nicht minder wichtig ist es, alles daran zu setzen, dass es gar nicht erst zu solchen Schandtatn kommt.

Konzeption statt Medienaktion. 13 Forderungen zur Eindämmung rechtsextremistischer Gewalt

Elemente einer Strategie der milieubezogenen Prävention müssten sein:

■ Die Einrichtung wohnortnaher „Aktions-Foren gegen rechte Gewalt“, die in Form von Stadtteilkonferenzen alle Kräfte bündeln, die zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einen Beitrag leisten können: Polizei, Jugendämter, Träger der verbandlichen und offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Lehrer, Kommunalpolitiker und sachkundige Bürger – auch Ausländer, die als Mitbürger bei uns leben.

■ Diese „Aktions-Foren gegen rechte Gewalt“ können klarstellen, dass unsere Gesellschaft nicht gleichgültig wegschaut, wenn kleine Gruppen die Parole ausgeben, man wolle „national befreite“ oder „ausländerfreie Zonen“ schaffen. Die Bün-

delung aller präventiven Kräfte in Stadtteilkonferenzen bietet am ehesten die Chance, situationsgerechte Maßnahmen zu entwickeln.

■ Ohne eine ausreichende polizeiliche Präsenz kann der Staat gewaltbereiten Rechtsextremisten nicht entgegen-treten. Die Bundesländer müssen den präventiven Einsatz von Polizeikräften an Orten, an denen bekanntermaßen Rechtsextremisten auftreten, deutlich verstärken.

■ Um dies leisten zu können, fordere ich die Bundesregierung auf, die bereits erfolgten und derzeit geplanten Mittelkürzungen zu Lasten der Polizeien der Länder umgehend zurück-zunehmen.

■ Die Polizeien der Länder müssen sich durch strukturelle Maßnahmen intensiver auf die Bekämpfung rechtsradikaler Gewalt einstellen. Notwendig ist die Einrichtung eigener „Polizeiinspektionen für fremdenfeindliche Gewaltdelikte und politisch motivierte Straßengewalt“.

■ Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, durch die Bildung von Sonderermittlungsgruppen mehr verdeckte Aufklärungsarbeit im gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrum leisten zu können. Notwendig ist ein polizeiliches „Frühwarn-System“.

■ Das Bundeskriminalamt muss die zentrale Erfassung reisender Gewalttäter der rechten Szene organisieren.

■ Bei den Staatsanwaltschaften sind Spezialabteilungen zu schaffen zur Verfolgung kollektiver Gewalttaten mit rassistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund. In diese Zuständigkeit soll auch die Beobachtung rechtsradikaler Homepages im Internet fallen.

In diesem Zusammenhange weise ich darauf hin, dass die CDU im Internet eine Möglichkeit anbietet, rechtsradikale Homepages, auf die man beim Surfen gestoßen ist, den Behörden zu melden.

■ Um die abschreckende Wirkung von Verurteilungen rechtsextremistischer Gewalttäter zu optimieren, müssen Anklageerhebung und Verurteilung so zeitnah zum Gewaltdelikt erfolgen wie möglich und verfahrensrechtlich zulässig.

■ Die Träger der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit müssen durch eine verbesserte Mittelzuweisung in die Lage versetzt werden, mobile Sozialarbeiter-Teams in der rechtsradikalen Szene einzusetzen. Im Umgang mit Hooligans hat sich dieses Instrument sehr bewährt.

■ Ich fordere die Länder auf, – soweit dies noch nicht geschehen ist – umgehend, „Aktionsprogramme gegen Gewalt und Aggression“ zu entwickeln und mit deren Umsetzung noch in diesem Herbst zu beginnen.

■ An den Schulen müssen Inhalte wie Gewalt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und politischer Extremismus sowohl im Unterricht wie auch im Rahmen von Projekttagen stärker berücksichtigt werden. Es ist notwendig, die interkulturelle Kompetenz von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu erhöhen und ihre Fähigkeiten im Umgang mit „Fremdem“ zu fördern.

■ Die Bundeszentrale für politische Bildung und die entsprechenden Landeseinrichtungen müssen das Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

■ Ausländerfeindliche Vorkommnisse am Arbeitsplatz dürfen nicht verschwiegen werden. Die für die Personalführung Verantwortlichen müssen mit großer Sensibilität dafür Sorge tragen, dass von rechtsradikaler Gewalt betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich ohne Angst vor Repressalien ihren Vorgesetzten anvertrauen

können. Die Betriebe haben die Pflicht, sich von ausländerfeindlichen oder rassistischen Mitarbeitern unverzüglich zu trennen.

Wir sind gegenüber rechtsextremem Gewalt nicht hilflos

Deutschland ist gegenüber den rechtsextremistischen Gewalttaten nicht macht- und hilflos. Unser Rechtsstaat verfügt über ausreichende gesetzliche und prozessuale Instrumente, um sich gegen die Feinde der Demokratie erfolgreich zur Wehr zu setzen. Es kommt jetzt darauf an, dass alle, die politische oder administrative Verantwortung tragen, in ihrem Verantwortungsbereich das Notwendige mit Entschiedenheit umsetzen. Soviel Prävention wie möglich – das ist das Gebot der Stunde. Die Bekämpfung des Extremismus erfordert die Geschlossenheit aller Demokraten.

<http://>

Aufruf von Generalsekretär Ruprecht Polenz zur Mitarbeit an der Internet-Initiative der CDU gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Schreiben an Müntefering, Westerville und Bütikofer: www.cdu.de/infonet

CDU STARTET INITIATIVE:

Netz gegen Gewalt

Mit dem Appell „Auch im Netz muss gelten: keine Chance für Extremisten“ haben die Parteivorsitzende Angela Merkel und der CDU-Internet-Sprecher Thomas Heilmann die Initiative „Netz gegen Gewalt“ gestartet.

Internet-Nutzer haben damit die Möglichkeit, sich gegen gewaltverherrlichende, fremdenfeindliche und rassistische Homepages, auf die sie beim Surfen stoßen, zu wehren. Die CDU hat dazu verschiedene Verfahren aufzeigt, mit denen die „Netzbürger“ auf Seiten mit derartigem Inhalt hinweisen und somit aus dem Netz verdrängen können.

Unter www.netzgegen-gewalt.de finden Internet-Nutzer die Initiative mit drei Aktionsangeboten. Bei der „Operation Verfassungsschutz“ geht es um die behördliche Verfolgung von Seiten mit extremistischem Hintergrund. Die gemeldeten Seiten werden direkt an das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Prüfung weitergeleitet.

Mit Hilfe der „Plattform Selbstkontrolle“ gehen die gemeldeten Seiten an die „Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia Dienstanbieter“. Die dort angezeigten Beschwerden werden geprüft, die Anbieter und die Provider ermittelt und zur Abhilfe aufgefordert.

Beim „Projekt Gatekeeper“ geht es um die Erstellung einer Negativliste für extremistische Seiten im deutschsprachigen Internet. Diese Negativliste kann dann als Filter den Zugriff auf bestimmte Seiten von einzelnen PCs ausschließen. Die Bertelsmann-Stiftung entwickelt derzeit mit der „Internet Content Rating Association“ (ICRA) entsprechende Filtersoftware.

Liebe Internet-User,
alle Demokraten in Deutschland sind sich in dem Ziel einig, dass Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserem Land nicht geduldet werden können. Die übergroße Mehrheit der

Deutschen lehnt jede Form des politischen Extremismus ab.

Dies gilt auch für die „Netzbürger“. Wir schauen nicht weg, wenn kleine Gruppen zu Hass und Gewalt aufrufen, wenn Menschen anderer Hautfarbe oder anderen Glaubens beleidigt und bedroht werden oder wenn nazistische Propaganda verbreitet wird. Ausländerfeinde sind Verfassungsfeinde, Gewalttäter sind Schwerstkriminelle. Ihre virtuellen Angriffe sind sehr real und konkret. Die Antwort der Netzgemeinde muss dies auch sein. Deshalb rufen wir zu der Initiative „Netz gegen Gewalt“ auf.

Ein großer Teil der Propaganda und Kommunikation der Rechten findet im Internet statt. Wir fordern daher alle Internet-Nutzer auf: Decken Sie Seiten mit extremistischem Inhalt auf. Auch im Netz muss gelten: Keine Chance für Extremisten.

Angela Merkel
Thomas Heilmann

Den **rechtsradikalen** Aufmärschen die medienwirksame **Kulisse** nehmen

In der Debatte um die Bekämpfung von Rechts extremismus und Gewalt erklärte und der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach:

Es gibt keinen „Königsweg“ im Kampf gegen rechtsradikale Gewalttaten, gegen rechtsradikales Gedankengut. Es gibt nur die Möglichkeit, ein aus vielen Bausteinen bestehendes Mosaik zusammensetzen, das in der Gesamtschau die Bündelung aller Kräfte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus widerspiegelt.

Die beschämenden Bilder dürfen sich nicht wiederholen

Einer dieser Mosaiksteine ist die Reform des Versammlungsrechts, wie sie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit Monaten anmahnt und wie sie auch von Innenministern der Länder gefordert wird. Es gibt kein

vernünftigen Grund, Änderungen des Versammlungsrechts aus der Palette möglicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus (wie natürlich auch des Linksextremismus) herauszunehmen.

Beschämende Bilder, wie sie etwa am 29. Januar diesen Jahres um die Welt gingen, dürfen sich nicht wiederholen: Dass Neo-Nazis mit schwarz-weiß-roten Fahnen durch das Brandenburger Tor marschieren und gegen das geplante Holocaust-Denkmal demonstrieren ist unerträglich. Solche Bilder beschädigen das Ansehen Berlins und Deutschlands. Sie regen die Menschen zurecht auf, sie sind eine Zumutung insbesondere für unsere jüdischen Mitbürger.

Nicht zulassen

Wir fordern, dass solche Demonstrationen, deren Ziel es ist, unsere verfassungsmäßigen Werte zu verhöhnern und das Ansehen Deutschlands in der Welt zu

beschädigen, unter erleichterten Bedingungen verboten werden können. Wir dürfen den Neo-Nazis nicht auch noch öffentlichkeits- und medienwirksame Kulissen für ihre Aufzüge liefern.

Versammlungsgesetz entsprechend konkretisieren

Schon ein durch öffentliche Meinungskundgabe angestrebter Angriff auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung muss das Verbot einer Versammlung begründen können. Es kann nicht dabei bleiben, dass erst mit hinreichender Sicherheit zu erwartende Straftaten ein Versammlungsverbot rechtfertigen. Ein solches Verbot muss bereits schon bei Gefahr einer nachhaltigen Beschädigung außenpolitischer Belange oder anderer erheblicher Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich sein. Die Verbotsvorschrift des § 15 Versammlungsgesetz muss entsprechend konkretisiert werden.

Die Berliner Außenstelle muss gerade jetzt **erhalten** bleiben

Zudem weiterhin angestrebten Verkleinerung der Berliner Außenstelle der Bundeszentrale für politische Bildung und deren mögliche Auswirkungen erklärten die stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende, Angelika Volquartz, und das Kuratoriumsmitglied und stellvertretender Sprecher der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Holetschek:

Die jüngsten rechtsradikalen Übergriffe gegen Ausländer vornehmlich im Osten unseres Landes machen betroffen und fordern unseren Staat heraus, Grundwerte wie Toleranz und Ausländerfreundlichkeit zu verteidigen. Jene in unserem Grundgesetz eindeutig verbrieften Grundrechte waren es, mit der sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer über 50-jährigen Geschichte Respekt und Anerkennung erworben und sich als ein den Menschenrechten verpflichteter fühlender Staat erwiesen hat.

Toleranz und Ausländerfreundlichkeit als Werte in den Köpfen junger Menschen zur Durchsetzung zu



A. Volquartz K. Holetschek

verhelfen, ist eine besondere Aufgabe des Staates. Als Instrument steht ihm dabei die politische Bildung zur Verfügung, die diese Herausforderung erfolgreich umsetzen kann. Auch die Außenstelle der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin hat sich seit ihrer Einrichtung dieser Aufgabe verpflichtet gefühlt und erfolgreiche, aber längst noch nicht ausreichende Arbeit leisten können.

Deshalb erscheint es uns vollkommen unverständlich, dass der Innenminister weiterhin an einer Verkleinerung der Berliner Außenstelle festhält und mit einer reinen „Bücherabholstelle“ die Präsenz der Bundeszentrale in der deutschen Hauptstadt ausdrücken will.

Angesichts der immer noch weitverbreiteten mangelnden politischen Bildung

junger Deutscher vor allem in den neuen Bundesländern erscheint es umso wichtiger, dass die Berliner Außenstelle der Bundeszentrale für politische Bildung als zentrale Anlaufstelle und Ansprechpartner erhalten bleibt und von der deutschen Hauptstadt aus ihre Arbeit in Ostdeutschland koordinieren und gezielt verstärken kann. Die Auffassung des Bundesinnenministeriums, diese Arbeit könne auch von Bonn aus gleich effektiv geleistet werden, geht in die falsche Richtung. Denn sie lässt vollkommen außer Acht, dass es hierbei auch um eine gewisse Standortsymbolik geht, die beispielsweise ein gewichtiges Argument für den Hauptstadtumzug von Regierung und Parlament war.

<http://>

**Wortlaut des
Aktionsplans der
CDU/CSU-Bundestags-
fraktion zur Bekämpfung
von Fremdenfeindlichkeit,
Antisemitismus, Extremismus
und Gewalt: [www.cdusu.
bundestag.de](http://www.cdusu.bundestag.de)**

Zwischen **Anspruch** und Wirklichkeit liegen Welten

Zum „Mittelstands-Aktionsprogramm“ von Bundeswirtschaftsminister Müller erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Bundeshaushalt 2001 und Finanzplan (bis 2004) setzen die ökonomisch falschen Signale. Die Investitionen werden drastisch zusammengestrichen, im Jahr 2004 sind nur noch 10,3 vH aller Bundesausgaben arbeitsplatzschaffende Investitionen, ein trauriger Negativrekord.

Die ganze Misere rot-grüner Politik

Ebenso stiefmütterlich behandelt wird auch der arbeitsplatzschaffende Mittelstand, sowohl durch Eichels Steuerpolitik als auch durch seine Haushaltspolitik. Hier zeigt sich die ganze Misere rot-grüner Haushaltspolitik. Der Anspruch lautet: Förderung des Mittelstandes, Voranbringen des Technologie- und Forschungsstandorts, Verdoppelung der Forschungsinvestitionen, Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbs-

fähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, so wie es Minister Müller jetzt in seinem „Mittelstands-Aktionsprogramm“ verkündet hat. Die Realität steht dem diametral entgegen

Zur Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen wurden unter Führung der CDU/CSU im Bundeshaushalt 1998 noch 1,34 Mrd DM aufgewendet. Im Haushaltentwurf 2001 stehen nur noch 508 Mio DM zur Verfügung, dies ist einer brutale Kürzung um fast zwei Drittel.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern werden von 255 Mio DM in diesem Jahr auf 225 Mio DM im Jahr 2001 gekürzt. Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Ost) werden die Mittel im Haushalt 2001 um 300 Mio DM gegenüber 2000 zusammengestrichen (-13 vH).

Und im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers ist eine globale Minderausgabe von 250 Mio DM ausgebracht. Nach den Erfahrun-

gen dieses Jahres wird das wiederum den Mittelstand, Forschung, Entwicklung, Innovation und Neue Technologien treffen.

Letztlich wird der Mittelstand auch durch den Verkauf der Deutschen Ausgleichsbank an die Kreditanstalt für Wiederaufbau getroffen. Denn die Subventionierung des Bundeshaushalts in Höhe von 2-3 Mrd DM wird bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu jährlichen Finanzierungskosten von 250 Mio DM führen, wodurch die Basis für die Mittelstandsförderung entsprechend geschmälert wird.

Müller läßt den Mittelstand im Stich

Der Haushaltsentwurf 2001, die rot-grüne Steuerpolitik, vor allem die Ökosteuer, sind Ausdruck mittelstandfeindlicher Politik. Der Mittelstand wird gebeutelt. Es wird deutlich, zwischen Anspruch und Wirklichkeit rot-grüner Politik liegen Welten. Wirtschaftsminister Müller läßt den Mittelstand im Stich. **UD**

GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

Nur neue Überschriften über **alten Programmen**

**Zum „Aktionsprogramm
Mittelstand“ des Bundes-
wirtschaftsminister erklär-
te Generalsekretär Rup-
recht Polenz:**

Dem Mittelstand hat die Bundesregierung nach wie vor nichts zu bieten als nur schöne Worte. Das von Wirtschaftsminister Müller vorgestellte Aktionsprogramm zeigt einmal mehr: Die Politik der Schröder-Regierung ist substanzlos und nicht zu Ende gedacht.

Plumpe Vereinnahmung

Nur neue Überschriften über alten fortgeschriebenen Programmen. Zurecht wenden sich große deutsche Wirtschaftsverbände gegen die plumpe Vereinnahmung durch den Wirtschaftsminister. Statt schöner Worthüllen und Scheinprogrammen brauchen wir in Deutschland endlich wieder eine wachstumsfördernde und arbeitsplatzschaffende Mittelstandspolitik. Dazu gehört vor allem eine deutliche und gleichmäßige steuerliche Netto-Entlastung für Betriebe und Arbeitnehmer.

Mit großen Versprechen geködert

Die SPD hat den Mittelstand im Bundestagswahlkampf mit großen Versprechen geködert. Bislang war der Mittelstand jedoch nur Verlierer dieser Bundesregierung: die Lockerung des Kündigungsschutzes wurde zurückgenommen, die volle

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder eingeführt, Ökosteuer und 630-Mark-Gesetz geschaffen und vor wenigen Wochen eine mittelstandsfeindliche Steuerreform durchgepeitscht. Dem Mittelstand als Motor der deutschen Wirtschaft schadet all dies. Arbeits- und Ausbildungsplätze werden so weder geschaffen noch gesichert.

HANSJÜRGEN DOSS:

Alarmsignale

Zur aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU, Hansjürgen Doss:

Die neuen Zahlen sind ein Alarmsignal, das die Regierung wachrütteln und aus ihrer Selbstzufriedenheit reißen sollte. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Tragfähigkeit der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung reicht nicht aus, um darauf eine stabile und positive Beschäftigungsentwicklung zu bauen. Der Konjunkturanstieg hat bei uns im Ver-

gleich zu den Vereinigten Staaten und Asien mit erheblicher Verspätung eingesetzt. Drei Prozent Wachstum sind zu wenig. Das Wachstum resultiert überwiegend aus einer wegen der Euro-Schwäche anhaltend guten Exportnachfrage.

Die ausländischen Investitionen zur Stabilisierung des Aufschwungs sind weitgehend ausgeblieben, weil das Vertrauen ausländischer Anleger in den Investitionsstandort Deutschland fehlt.

Kinder und Jugendliche dürfen nicht zu Modernisierungsverlierern werden

Die stellvertretende Parteivorsitzende und baden-württembergische Kultusministerin, Annette Schavan, in „CDU-online“ vom 10. August über die Aufgaben der Bildungspolitik in einer vernetzten Welt.

CDU-online: *Zurzeit verdoppelt sich das menschliche Wissen alle fünf Jahre. Wie können Eltern eines Erstklässlers im Jahr 2000 sicherstellen, dass ihr Kind die optimale Schulausbildung erhält, um im Jahr 2018 fit für den Arbeitsmarkt oder das Studium zu sein?*

Schavan: Schulbildung muss mehr denn je Grundlagen schaffen. Dazu gehört die Sicherheit in den Kulturtechniken; dazu gehören Orientierungswissen und die Fähigkeit, lebenslang zu lernen. Wir brauchen künftig weniger Spezialisierung in der Schulbildung, sondern eine ausgewogene Mischung an Lerninhalten, wozu die Fremdsprachen, musisch-ästhetische Erziehung, mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung und nicht zuletzt historisch-politische Bildung gehören.



CDU-online: *Die TIMSS-Studie hat den deutschen Schülern mathematische Mittelmäßigkeit bescheinigt. Wo liegen die Ursachen? Können vergleichende Qualitätstests zwischen den Schulen Abhilfe schaffen?*

Schavan: Ja, Qualitätstests wirken standardbildend. Sie helfen dann, wenn wir die notwendigen Konsequenzen ziehen. Dazu gehört eine Verbesserung von Unterrichtsmethoden und Lernmaterialien im Sinne von mehr anwendungsorientiertem Lernen.

CDU-online: *Nebendem Internetanschluss im Klassenzimmer brauchen wir neue Lehrpläne und Lernkonzepte, die das Internet in den Unterricht integrieren. Welche Anforderungen stellt*

das Informationszeitalter an unser Schulsystem?

Schavan: Der Computer hat nicht nur in den Kinderzimmern, sondern auch in den Klassenzimmern längst Einzug gehalten. Die Herausforderung besteht nun weniger in der Bedienung der Technik, sondern in der sinnvollen Ausnutzung der Möglichkeiten, die diese uns bietet. Wir müssen also die Didaktik der einzelnen Fächer so weiterentwickeln, dass sie das Potential des Computers möglichst effektiv ausschöpft. Besonders wichtig ist dabei das Internet, das vernetzte Kommunikation weltweit ermöglicht und den Zugang zu einer enormen Masse von Informationen eröffnet. Um nicht in dieser Datenflut unterzugehen, sollten Kinder und Jugendliche in der Schule nicht nur 'Suchmaschinen' kennen lernen, sondern vor allem 'Suchstrategien' und Maßstäbe zur Bewertung der Informationen.

CDU-online: *Der Umgang mit den Neuen Medien gehört inzwischen zu den zentralen fächerübergreifenden Schlüsselkompetenzen. Kann die Weiterbildung*

der Lehrer mit dem technischen Fortschritt überhaupt noch mithalten?

Schavan: Lehrerinnen und Lehrer stehen in besonderer Weise vor den Herausforderungen des Informationszeitalters. Viele von ihnen leisten mit großem Engagement einen wichtigen Beitrag dazu, die junge Generation fit für die Zukunft zu machen. Darin muss die Bildungspolitik sie unterstützen und geeignete Angebote zur Fort- und Weiterbildung machen.

CDU-online: *Wie beurteilen Sie die Chancen von sozial schwächeren Schülern in der Wissensgesellschaft, die zu Hause weder über einen PC noch über einen Internetzugang verfügen? Sind wir hier auf dem Weg in eine Zweidrittelgesellschaft?*

Schavan: Bildungspolitik muss gerade verhindern, dass Kinder und Jugendliche zu Modernisierungsverlierern werden. Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik steht der einzelne Mensch mit seinen Fähigkeiten und Begabungen. Diese gilt es in der Schule zu entdecken und nachhaltig zu fördern.

CDU-online: *Schüler, die ihre Mitschüler ausrauben, erpressen oder brutal verprügeln – das Thema „Gewalt in der Schule“ gehört längst zum Schulalltag. Was können Eltern,*

Lehrer und Schüler konkret gegen gewaltbereite Mitschüler unternehmen?

Schavan: Schule ist das Spiegelbild der Gesellschaft. Wer wissen will, was sich in unserer Gesellschaft tut, der muss in eine Schule gehen. Unsere Schulen haben viele Maßnahmen zur Gewaltprävention auf den Weg gebracht. Am wirkungsvollsten sind jene, bei denen Jugendliche zum Beispiel als Streitschlichter oder Mentoren ausgebildet werden und unmittelbar in die Präventionsmaßnahmen eingebunden sind. Wir dürfen keine Strategien über die Köpfe der Jugendlichen hinweg entwickeln. Wir müssen Jugendliche beteiligen an Strategien der Gewaltvermeidung.

CDU-online: *Unsere Schul- und Hochschulabgänger sind wegen ihres Alters im internationalen Vergleich oft nicht mehr wettbewerbsfähig. Welche Erfahrungen haben Sie in Baden-Württemberg mit dem Express-Abitur gemacht, also mit der Möglichkeit, nach zwölf Jahren das Abitur abzulegen?*

Schavan: Wir haben durchweg gute Erfahrungen gemacht. Nach zwölf Jahren Abitur zu machen, das setzt keine Hochbegabung voraus, sondern Interesse und eine besondere Motivation zum Lernen. Es wird von den al-

lermeisten Schülerinnen und Schülern als zusätzliche Anregung und Herausforderung erfahren. Es ist ein wichtiger Schritt zum verantwortungsvollen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

CDU-online: *In Berlin haben Sie kürzlich das Projekt „Stiftung Bildungstest“ vorgestellt. Warum dieser Vorschlag?*

Schavan: Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt in einer qualifizierten Infrastruktur für Weiterbildung. Deshalb schlägt die CDU die Einrichtung der „Stiftung Bildungstest“ vor, eine Stiftung, die im Bereich der Weiterbildung verlässliche Beratung, Transparenz und Auskunft über Qualität gibt.

CDU-online: *Was unterscheidet die von Ihnen favorisierte „Stiftung Bildungstest“ von den Plänen der Bundesbildungsministerin Bulmahn, Weiterbildungsangebote durch die Stiftung Warentest überprüfen zu lassen?*

Schavan: Die Stiftung Warentest wäre überfordert, wenn sie diese Aufgaben zusätzlich übernehmen müsste. Im übrigen ist das Bildungswesen in jedem Sektor so differenziert, dass ein eigenes Instrument sinnvoll ist. Wie die Stiftung Warentest braucht auch die „Stiftung Bildungstest“ Unabhängigkeit. **UD**

Wir brauchen schnellstens eine schlüssige **Internetstrategie**

Zur Vorstellung der „IT-Offensive für den Bildungsbereich“ durch Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn erklärte der Internet-Sprecher der CDU, Thomas Heilmann:

Ich begrüße die 16. Ankündigung der Bundesregierung, den Bildungsbereich auf das Informationszeitalter einzustellen. Mit wechselnden Herausgebern und veränderten Überschriften hat die Bundesregierung heute zum wiederholten Mal Kompendien von Einzelmaßnahmen aufgelegt. Leider ist auch diesmal die Botschaft: nichts Neues und nichts Abgestimmtes.

Keine konkreten Antworten

■ Die Bundesregierung kündigt erneut an, bis Ende 2001 alle Schulen ans Netz zu bringen. Heute sind es ein Drittel. Konkrete Antworten auf die Frage, wie das Ziel erreicht werden soll, gibt es nicht. Gleiches gilt für die Schüler-Laptops. Seit dem Start der Initiative „Schulen ans Netz“ im Jah-



re 1996 sind keine neuen Ansätze erkennbar.

■ Die Bundesregierung kündigt Gespräche zwischen dem Finanzministerium und dem Bildungsministerium über Steuererleichterungen bei der Anschaffung von Schüler-Laptops an. Interessanter wären die Ergebnisse.

■ Bei der Verwendung der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung hat Frau Bulmahn keine Ansprüche angemeldet. Es ist aber dringend erforderlich, hier einen klaren finanziellen Akzent für Bildung und Internet zu setzen. Schade, dass die zuständige Ministerin nicht dafür kämpft.

Die Bundesregierung und alle Parteien in Deutschland

wollen zu Recht alle Anstrengungen unternehmen, um allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu den neuen Technologien zu ermöglichen.

Eine tiefe digitale Kluft

Aber die derzeit gefährlichere und tiefere digitale Kluft verläuft nicht in unserem Land, sondern zwischen unserem Land und anderen Ländern, die weiter sind. Deshalb braucht Deutschland dringend eine realistische Vision, eine durchdachte Strategie und eine Bündelung in der Umsetzung. Daran müssen Politik und Wirtschaft mit höherem Tempo arbeiten. Die Bundesbildungsministerin hat als Zeithorizont für die Ausstattung aller Schüler mit einem Laptop zunächst „deutlich unter zehn Jahre“ angegeben und sich dann korrigiert: „bis 2006“. Es bleibt hinzuzufügen: Deutlich vor 2006 muss in Deutschland der Sprung zu einer schlüssigen Internetstrategie der Politik gelingen.

FRIEDRICH MERZ:

Charta der deutschen Heimatvertriebenen weist europäischen Weg

Anlässlich des 50. Jahrestages der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 wird ein bemerkenswertes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte 50 Jahre alt. Nur wenige Jahre nach dem Schicksal der Vertreibung und des Heimatverlustes hatten sich die Vertriebenen zusammengefunden, um ein Zeichen der Versöhnung zu geben und ein Bekenntnis zu einem einigen Europa abzulegen. Dieses Bekenntnis ist nach wie vor hochaktuell, da sich der Kontinent endgültig zu überwinden.

Die deutschen Heimatvertriebenen distanzieren sich mit ihrer Charta nicht nur von Rache und Vergeltung, sondern versprachen, an einem geeinten Europas mitzuwirken, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“. Gemeint war nicht das sich gerade herausbildende freie Westeuropa,



sondern ein Gesamteuropa, das die Staaten mit umfassen sollte, die damals unter der kommunistischen Zwangsherrschaft standen. Heute wird die gesamteuropäische Vision Wirklichkeit. Der Europarat hat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auf nahezu alle europäischen Staaten ausgedehnt. Polen, Tschechien und Ungarn sind Mitglieder der NATO. Und in wenigen Jahren werden Deutschlands östliche Nachbarn der Europäischen Union angehören.

Die deutschen Heimatvertriebenen sind durch ihr beharrliches Eintreten für die Selbstbestimmung der Völker, für das Recht auf die Heimat und für wirksame Volksgruppenrechte zu Schrittmachern

eines friedlichen Zusammenlebens verschiedener Völker und Volksgruppen geworden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erkennt den großen Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas an und begrüßt das Engagement der Vertriebenen für die europäische Einigung.

Recht auf Heimat

In einer freien europäischen Staatengemeinschaft darf Vertreibung nie wieder Mittel der Politik sein. Auch deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Vorschläge für die Einfügung eines Rechtes auf die Heimat und einer Schutzbestimmung für ethnische, nationale und sprachliche Minderheiten in die Grundrechtecharta der Europäischen Union vorgelegt, die inzwischen in den Grundrechtekonvent eingebracht worden sind.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch in Zukunft die berechtigten Belange der deutschen Heimatvertriebenen wahren und vertreten.





GREEN CARD

Wir brauchen eine Bildungsoffensive

Selbstverständlich ist es noch zu früh, bereits zu diesem Zeitpunkt von einem Flop zu sprechen. So viel ist aber sicher: Das Interesse der deutschen IT-Unternehmen an ausländischen Experten ist offenbar lange nicht so groß, wie dies zunächst vermutet worden ist. Die Diskussion über die Green Card lenkt letztlich nur von den eigentlichen Problemen der Bildungspolitik ab. Für die betroffenen IT-Unternehmen wäre es sehr viel sinnvoller, wenn Schröder und sein rot-grünes Kabinett eine Bildungsoffensive starten würden, die diesen Namen auch verdient.

Handelsblatt

Bei Licht betrachtet eine rote Karte

Der EDV-Branche wird die Green Card helfen. Aber der ziemlich spontanen Entscheidung des Bundeskanz-

lers ging keine gründliche Analyse der Ursachen für den Mangel an Fachkräften in dieser Zukunftsindustrie voran. Keine verlässlichen Schätzungen darüber zum Beispiel, wieviele der 30.000 arbeitslosen deutschen Informatiker für die heutigen Anforderungen weitergebildet werden könnten. In Indien gibt es Online-Fachschulen, in Deutschland fehlen Computer in Klassenzimmern und Hochschulen. Die Green Card ist bei Licht betrachtet eine rote Karte für das Versagen von Politik und Wirtschaft bei der Ausbildung des eigenen Nachwuchses.

Sächsische Zeitung

„STIFTUNG BILDUNGSTEST“

Überfällig

Die Einrichtung einer „Stiftung Bildungstest“, soeben noch einmal in Berlin von Annette Schavan und Norbert Hauser vorgestellt, zählt zu den wichtigsten Vorschlägen des vor längerer Zeit veröffentlichten CDU-Bildungsprogramms. Die

ständige Forderung an jedermann, sich fort- und weiterzubilden, hat zu einer undurchschaubaren Vielzahl von Angeboten geführt. Eine wirklich unabhängige Stiftung verschiedener Bildungsangebote ist daher überfällig. Nun hängt alles davon ab, ob es der CDU gelingt, ihren Gesetzentwurf so zu fassen, dass der geplante Sachverständigenrat mit unabhängigen Fachleuten besetzt wird.

Frankfurter Allgemeine

MITTELSTANDS-POLITIK

Leere Versprechen

Was haben die jetzigen Regierungsparteien dem Mittelstand während des Bundestagswahlkampfes nicht alles versprochen, damit die Inhaber der kleinen und mittelständischen Betriebe ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen. Eingelöst wurde davon bislang wenig. Die Rücknahme des gelockerten Kündigungsschutzes trifft ausschließlich die Kleinen. Die Wiedereinführung der vollen Lohn-

fortzahlung im Krankheitsfall schraubt die Kosten hoch. Das Konzept für das Anfang 1999 in Kraft getretene Steuerentlastungsgesetz wurde zwar zu Gunsten des Mittelstands nachgebessert. Doch geschah dies erst nach lautstarkem Protest. Und zudem werden die Entlastungen durch Belastungen im Zuge der Ökosteuer wieder aufgefressen.

Die Welt

EXPO

Klein geredet

Als die Expo noch Baustelle war, schafften es die deutschen Medien, die erste Weltausstellung in Deutschland auf das Problem einer schwarzen Null zu reduzieren. Seit sich nun jeder selbst ein Bild von ihr machen kann, seit zehn Wochen also, wurde nur auf die Besucher geschaut, die nicht da waren. Weil die anvisierte Zahl von 300.000 am Tag weit unterschritten wurde, ging völlig unter, dass 70.000 zahlende Gäste Tag für Tag, zuweilen auch mehr als doppelt so viele, in langen

Schlangen vor den Pavillons standen. Durch Mundpropaganda scheint sich allmählich herumzusprechen, was die Negativ-Schlagzeilen verschweigen: dass die Neugierigen, die sich nicht von der Reise nach Hannover abhalten ließen, durchaus auf ihre Kosten gekommen sind.

Frankfurter Allgemeine

JUSTIZ

Von wegen Zufall

Selten haben sich Staatsanwälte so blamiert wie die Justiz-Ermittler im Fall Profalla. Drei Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen hatten sie mehrere Mann hoch das Haus des CDU-Bundestagsabgeordneten gestürmt und Beweise für Steuerhinterziehungen gesucht. Kleinlaut müssen sie nun, drei Monate später, eingestehen: alles nur heiße Luft. Die ganze Vorwahlaktion – inklusive der Aufhebung der Abgeordneten-Immunität – also nur ein bedauerlicher Zufall? Ein bitterer Nachgeschmack bleibt. Die Staatsanwalt-

NACHSPIEL. Das Ermittlungsverfahren gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten Ronald Profalla wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ist eingestellt worden. Die Staatsanwaltschaft Kleve teilte mit, der Anfangsverdacht eines Verstoßes gegen steuerliche Vorschriften habe sich nicht erhärtet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kündigte ein parlamentarisches Nachspiel im Bundestag an. Im Mittelpunkt werde sie Frage stehen, ob die Aufhebung der Immunität Profallas vier Tage vor der NRW-Landtagswahl durch eine bewusste Täuschung des Immunitätsausschusses erreicht worden sei. Die politische Verantwortung trage der nordrheinwestfälische Justizminister Jochen Dieckmann (SPD). Profalla sei durch das Verhalten der Behörden schweres Unrecht widerfahren.

schaft Kleve hat der Glaubwürdigkeit einer politisch unabhängigen Justiz schweren Schaden zugefügt.

Bild

Die Präsidiums-Kommissionen

■ Kommission Parteireform

Vorsitzender: Generalsekretär Ruprecht Polenz

Die konstituierende Sitzung fand am 17. August statt. Nach Diskussionen mit Kreisgeschäftsführern und auf Kreisvorsitzenden-Konferenzen soll für den Bundesparteitag im nächsten Jahr eine Beschlussvorlage erarbeitet werden.

■ Kommission „Spielraum für kleine Einheiten“

Vorsitzende:
Staatssekretärin a.D.
Christa Thoben

Nach Vorlage eines Zwischenberichts für die Klausurtagung des Präsidiums am 14. Juni sollen die Konzepte der Kommission bis zum Herbst dieses Jahres erarbeitet und vorgestellt werden.

■ Kommission „Sicherheit in Deutschland“

Vorsitzender:
Landesinnenminister
Jörg Schönbohm

Bis Frühjahr nächsten Jahres soll ein modernes Sicherheitskonzept erarbeitet werden.

■ Kommission Soziale Marktwirtschaft

Vorsitzende:
Parteivorsitzende
Angela Merkel

Ergebnisse der Beratungen dieser Kommission sollen ebenfalls im Frühjahr nächsten Jahres vorgelegt werden.

■ Kommission Internet

Vorsitzender:
Generalsekretär
Ruprecht Polenz

Die konstituierende Sitzung fand am 27. Juni statt. Ziel ist die Formulierung eines deutschen Internet-Entwicklungs-Programms als Vorlage für den Bundesvorstand.

■ Arbeitsgruppe „Zuwanderung und Integration“

Vorsitzender:
Ministerpräsident
Peter Müller

Am 10. Juli hat das Präsidium über die Mitglieder der Arbeitsgruppe entschieden. Der Auftrag an die Arbeitsgruppe: ein umfassendes Zuwanderungskonzept erarbeiten und beraten.

■ CDU/CSU Programm- kommission Europa

Vorsitzender:
Wolfgang Schäuble

Bis zum Herbst sollen gemeinsame Leitsätze für das Europa der Zukunft formuliert werden.

■ Kommission Bildung

Vorsitzende:
Landeskultusministerin
Annette Schavan

Die Kommission hat ihre bildungspolitischen Leitsätze formuliert und zur Diskussion gestellt. Die neuen Leitsätze sollen am 20. November auf dem „Kleinen Parteitag“ in Stuttgart verabschiedet werden.

■ Kommission „Sozialstaat 21“

Vorsitzender:
Vorsitzender der CDU
in Niedersachsen,
Christian Wulff

Auf dem Sozialstaatskongress am 24. Juni hat die Kommission ein Diskussionspapier vorgelegt. Daraus soll ein Programm werden, über das der Bundesparteitag im nächsten Jahr beraten und entscheiden wird.

Union Betriebs GmbH
 Postfach 1190
 53348 Rheinbach
 PVSt, Deutsche Post AG
 Entgelt bezahlt.



Wo liegt das Handy?

Machen Sie Schluss mit der ewigen Sucherei. Mit dem CDU-Handy-Sessel findet Ihr Mobiltelefon endlich seinen festen Platz in der Wohnung oder im Büro. Die witzige Tischhalterung erhalten Sie beim IS-Versandzentrum in den Farben Blau und Orange.

Preis je Expl. 7,00 DM
 Bestell-Nr. **9659 (Orange)**
 Bestell-Nr. **9660 (Blau)**

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
 Postfach 1465
 59306 Ennigerloh
 Telefax 02524/911310
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de